

TTIP – Chlorhuhn has landed

An sich ist das eine Angelegenheit Deutschlands und der EU; aber vielleicht wird sie auch für uns Schweizerinnen und Schweizer wichtig.

Freier Handel

M: Ein freier Handel ist eigentlich eine gute Idee. Aber was im Moment zwischen der EU und den USA hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wird, ist ein Generalangriff auf die Verbraucherrechte. Damit ja keiner kritisch berichtet, schwört die EU ihre Mitgliedstaaten jetzt intern darauf ein, führenden Medien nur die positiven Seiten des Freihandelsabkommens zu vermitteln.

Die Dunkelkammer

B: Bei der EU-Kommission soll es bald einen speziellen Leseraum geben. Zutritt haben nur ein paar Dutzend Menschen. (Blei)Stift, Papier und Handy sind nicht erlaubt. [Mit Nacktscanner überwacht?]

K: Geheime Absprachen sind eine Verschwörung. „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, übersetzt mit Freihandelsabkommen. "Frei" hört sich gut an. Tönt sonst zu sehr nach Business machen, wo nur wenige Leute, die ohnehin schon ungeheuer reich sind, noch reicher werden. Schauen wir uns (durch die rosarote Brille) die Vorteile an.

Rosarote Brille

Durch das TTIP entsteht eine Freihandelszone. Darin kann jeder uneingeschränkt seine Waren verkaufen, ohne Zölle, Mengenbeschränkungen und Bürokratie. Das klingt gut; aber es gibt Einwände, zum Beispiel weiss niemand in der Öffentlichkeit, was genau verhandelt wird. Auch die Abgeordneten im europäischen Parlament wissen es nicht.

SK: Dies Abkommen wird fundamentalen Einfluss haben auf das Leben der Menschen, Nahrungsmittel, Verbraucherschutz, Umweltschutz und Demokratie. Selbst Abgeordnete bekommen keinen Einblick in Dokumente.

Normale Brille

K: Das hört sich doch nicht so locker und easy an. Schauen wir genauer hin. Das bekannte Chlorhuhn allein wird's nicht sein. Im Hallenbad bekommt man schliesslich auch Chlor.

B: Niemand kann die Leute befragen, die verhandeln. Selbst der Ort ist geheim.

Ein Beamter verschaffte uns ein paar Verhandlungspapiere. Darin gibt es zum Beispiel den Wunschzettel der chemischen Industrie.

Wunschzettel der chemischen Industrie

Die Zulassungsbestimmungen von chemischen Stoffen werden gegenseitig anerkannt. Dabei sind sie völlig verschieden geregelt:

- In der EU muss die chemische Industrie mit umfangreichen Tests beweisen, dass der Stoff umweltverträglich ist, bevor er auf den Markt darf.

- In den USA darf der Stoff nach wenigen Tests in den Handel. Im Zweifelsfalle müssen die Behörden nachweisen, dass er gefährlich ist.

Der amerikanischer Botschafter Stuart Eizenstat meint: "Die europäischen Standards haben ein unbegründet hohes Niveau."

Mögliche Folgen niedriger Standards

B: Welche Folgen haben die niedrigen Standards in den USA? Beispiel: Der Stoff NPB (n-Propylbromid) ist in der EU verboten. Cherry X. arbeitete in einer Möbelfabrik. Sie kam dauernd mit dem Kleber in Berührung. Jetzt ist die invalid. Die Firma hat Schadensersatz bezahlt, verwendet den Kleber aber weiterhin.

K: Die Firma anerkannte damit den Schaden. Sie zahlt gelegentlich 15'000\$. Das kommt sie billiger zu stehen als den Kleber zu entfernen.

M: Sollen wir in Europa diese US-Standards auch übernehmen?

K: Natürlich nicht. Aber könnten sie in Europa übernommen werden (müssen)?

M: Die EU sagt dazu "eher nein", die Standards lägen zu weit auseinander.

Hintertürchen

Aber ein geheimes Verhandlungspapier zeigt, wie man sich doch einigen könnte. Es geht um den „Rat für Risikobewertung“ der EU. Der empfiehlt die Zulassung chemischer Stoffe. Hier sitzen im Moment nur Wissenschaftler; aber in Zukunft sollen auch Interessensvertreter mitbestimmen können.

K: Die sorgen dann dafür, dass lästige Handelshindernisse beseitigt werden. Bei 130 Treffen zwischen EU und dem „Rat für Risikobewertung“ waren dann 119 Berater der Industrie involviert.

M: Ein Vertreter der europäischen chemischen Industrie, Marc Vermeulen, ist mit dem Verlauf der Verhandlungen sehr zufrieden.

Geheime Verhandlungen

B: Die Verhandlungen zwischen EU und den USA sind geheim. Die Volksvertreter im EU-Parlament werden nicht gefragt. Eine Lobbygruppe, IHK München und Oberbayern, verlangt: "Die Verhandlungen dürfen nicht zu früh von wirtschaftsfremden Themen, wie z.B. vom Verbraucherschutz, überlagert werden."

TTIP sei ein Segen für die Wirtschaft

Eine Studio der EU-Kommission sagt, dass TTIP Tausende neuer Arbeitsplätze bringe, 120 Mia. Euro für Europa, allerdings auf 10 Jahre verteilt.

K: Was sagt der Chefunterhändler der EU, Karel De Gucht, EU-Kommissar für Handel, dazu:

B: De Gucht: "Ich bin ziemlich sicher, dass TTIP Hunderttausende neue Arbeitsplätze schaffen wird." Seine eigene Studie nennt aber nur 0,049% Wachstum. Das ist etwas ganz anderes.

De Gucht will nicht mit Prozenten argumentieren. Man werde viele Handelshemmnisse abschaffen.

K: Ist doch schön, dass das geschieht. Zusammengefasst: 0.049% Steigerung des Bruttosozialprodukts auf alle Länder der EU und auf 10 Jahre verteilt - nicht für alle Länder der EU. Übrigens war De Gucht (laut Wikipedia) 2010 bei den Bilderbergern. Daraufhin bekam er den EU-Job.

EU will TTIP

B: Die EU-Kommission will das Abkommen um jeden Preis. Hat sie Angst vor einer kritischen Öffentlichkeit? Ist deshalb alles so geheim? Sogar über Wasser, Verkehr und Krankenhäuser soll verhandelt werden. Spitäler als Renditeanstalten? Da bleiben die Patienten auf der Strecke.

Kann die Bundesregierung das zulassen? Die Abgeordneten kennen die geheimen Verhandlungspapiere nicht. Sogar Minister Sigmar Gabriel, ein Befürworter, kennt nur Teile des Abkommens.

Öffentliche Einrichtungen

K: Ist doch interessant, dass sich Gabriel für TTIP ausspricht, obwohl er die Papiere wenig kennt. Bestimmt hat er eine gute Begründung dafür.

Gabriel: "Alle Gesundheitsdienstleistungen, der öffentliche Nahverkehr und die öffentliche Wasserversorgung sind nicht Gegenstand der Verhandlungen. Sie sind extra ausgenommen."

B: Schauen wir in die Papiere: Die EU bietet private Krankenhäuser zu Verhandlungen an. Aber alle Daseinsbereiche sind offen für Verhandlungen, und im Angebot sind sie aufgelistet.

Beispiel:

- PRODUCTION, TRANSMISSION AND DISTRIBUTION ON OWN ACCOUNT OF ELECTRICITY, GAS, STEAM AND HOT WATER.

- Services auxiliary to rail transport

- HEALTH SERVICES AND SOCIAL SERVICES, darunter Hospital Services

Kontroversen

Sigmar Gabriel: „Das alles ist nicht Gegenstand der Verhandlungen...“

[Sieht ganz nach IWF aus. Siehe meine VUP-Zeitung Nr. 13: Die Amis wollen sich bei uns einnisten und kräftig zugreifen.]

Prof. Markus Krajewski, Verfassungsjurist: „Es wird über alle Dienstleistungen verhandelt, mit einer Ausnahme, der audio-visuellen. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht ausdrücklich ausgenommen. Auch über diese Bereiche wird verhandelt.“

Es gibt entsprechende Angebote vonseiten der USA. Krankenhäuser usw. stehen auf der Verhandlungsliste.

Muss man Angst vor den Amis haben?

Muss man vor den amerikanischen Anbietern Angst haben? Ein Beispiel:

Pittsburgh, die Krankenhauskette X. zeigt beeindruckende Zahlen.

- Die Behandlung ist teuer, nur wenige können sie sich leisten.

- Das Allgemeinkrankenhaus in Y. wurde geschlossen. Es hat nicht rentiert. Der Boden wurde einer Immobilienfirma verkauft.

- Die Kette strebt weltweite Präsenz an. In den USA wird zu wenig verdient.

Die Amis zieht es nach (dem noch reichen) Europa

K: Für viele US-Unternehmen ist es lebenswichtig, auf den europäischen Markt zu kommen. In den USA sind über 50 Millionen Menschen auf Essensmarken angewiesen. [In den USA leben ~319 Millionen Menschen.] Offene Worte! Aber ein Krankenhaus wirft doch keinen Gewinn ab!

B: In dieser Krankenhauskette werden Krankenschwestern so schlecht bezahlt, dass die Fürsorge einspringen muss. Das Modell kann man nicht nach Deutschland importieren, hier gibt es den Mindestlohn und das Arbeitszeitgesetz.

Die Klausel

Es gibt eine Klausel: Ausländische Firmen müssen in Deutschland die Gesetze über den Mindestlohn und das Arbeitsrecht einhalten. In einem TTIP-Verhandlungsdokument steht in einer Fussnote, dass ausländische Arbeitgeber ihre eigenen Regeln mitbringen können.

Sigmar Gabriel: „Im Arbeitsrecht gilt die nationale Norm. Die kann nicht ausgehebelt werden. In Deutschland gibt es den Mindestlohn für jeden, nicht nur für Deutsche.“

Einwand: Die EU hat den USA offeriert, dass amerikanische Firmen ihr Recht in Europa einbringen können.

Sigmar Gabriel: „Nein. Das Verhandlungsergebnis ändert das deutsche Grundgesetz nicht.“

Ein Pferdefuss

Prof. Markus Krajewski, Verfassungsjurist: „Sigmar Gabriel hat recht, das Verhandlungsergebnis kann nationales Recht nicht brechen. Aber: Wenn man ein Abkommen macht, das nationales Recht verletzt, verhält man sich gesetzeswidrig. Dann kann ein internationales Schiedsgericht verlangen, dass dies nationale Gesetz geändert wird. Das passiert in der WTO jeden Tag.“

Prof. Dr. Siegfried Bross, Ex-Verfassungsrichter: „Es bedeutet den Verlust von staatlicher Souveränität und Selbstachtung, sich einer Gerichtsbarkeit ausserhalb der Staatenebene zu unterwerfen.“

Die Atlantikbrücke

K: Ich nehme an, dass der Herr Gabriel das weiss, denn er erscheint mir nicht dumm oder infantil. Aber er gilt als Mitglied der "Atlantikbrücke" (Think-Tank). Wahrscheinlich wäre er die längste Zeit Minister gewesen, wenn er sich gegen TTIP aussprechen würde. Also macht er das, was viele machen: Klappe halten, mitmachen, wenn nicht ich das mache, macht es ein anderer, also mache ich es lieber selber und behalte meine Annehmlichkeiten.

B: Ein paar Tage nach der Unterhaltung mit Bundesminister Gabriel erhielten wir eine Mail: Die wichtige Klausel sei weiterhin Teil der Verträge.

Wir bitten, uns das Dokument zu schicken, bekamen es aber nicht, denn es ist als geheim eingestuft.

K: Diese Geheimnistuerei erfüllt den Tatbestand einer Verschwörung.

Transparenz-Offensive der europäischen Kommission

B: Die EU-Kommission machte eine Transparenz-Offensive: Sie bietet einen Leseraum an.

Helmut Scholz, EU-Handelsausschuss DIE LINKE: „Wir dürfen Dokumente einsehen, aber keine Notizen machen und kein Handy mitnehmen.“

Peter Esser, Vertreter der dt. Industrie: „Es ist besser, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. Ist zwar nicht demokratisch, aber was ist schon demokratisch?“

Chlorhühnchen

B: US-Geflügelindustrie kämpft sein Jahren gegen das EU-Importverbot für US-Chlorhühnchen. Es geht um 600 Mill. US-\$ jährlich. Die Schlachtkapazität wird durch Steigerung der Fließbandgeschwindigkeit auf 175 Hühnchen pro Minute erreicht. Die Produkte müssen mit Chemikalien keimfrei gemacht werden.

Diese Chemikalien können den Betonboden angreifen...

Die staatliche Lebensmittelüberwachung soll abgebaut werden. Das US-Landwirtschaftsministerium will 40% Inspektoren entlassen.

Eine Inspektorin kam mit Trinatriumphosphat und anderen Substanzen in Berührung, jetzt ist sie invalid.

Karen Hansen-Kuhn, Expertin für internationale Handelsbeziehungen: „Solange man nicht beweisen kann, dass etwas gefährlich ist, wird es für sicher angesehen.“

K: Das Chlorhuhn kommt zu uns, wenn TTIP in Kraft tritt.

Das Chemie-Schnitzel

B: Das Rindfleisch wird in den USA immer teurer, weil der Mais auch teurer wird. Er dient neben dem Verfüttern an Tiere (und Menschen) neuerdings zur Ethanolproduktion. Das ist Kraftstoff für Autos. Deshalb wollen die US-Fleischproduzenten ihre Ware auch bei uns verkaufen. Die Produzenten setzen auch Wachstumshormone ein. Die Substanzen sind nicht ungefährlich, doch die Untersuchungen werden von den Pharmafirmen selbst durchgeführt.

Genmanipulierte Lebensmittel

K: Wer kein Fleisch isst, darf sich auf genmanipulierte Lebensmittel aus den USA freuen.

B: Laut Schätzungen enthalten 60% der Lebensmittel in US-Supermärkten gentechnisch veränderte Bestandteile. Die Akzeptanz ist gross. Auf amerikanischen Feldern werden zu 80% Genmais und Gensoja angebaut.

Unkraut, das aus der Hölle kommt

B: Nun gibt es ein Problem. Seit es gentechnisch veränderte Pflanzen gibt, hat sich das Pflanzengift (Monsantos Roundup) seit 1996 verzehnfacht. Aber die Unkräuter sind nicht zurückgegangen. Im Gegenteil. Sie sind stärker als zuvor.

Super Weed

K: Unkrautvernichter Roundup wird seit 20 Jahren eingesetzt. Damit es wirkt, muss jetzt die zehnfache Menge eingesetzt werden. Aufgrund dieses Einsatzes wächst jetzt sogenanntes "Super Weed", "Supergras", das ganze Felder belegt, sodass man da nichts mehr anpflanzen kann. Die Unkräuter werden resistent und breiten sich immer weiter aus. Die Landwirtschaft ist bedroht.

B: Irgendwann wird es keine Möglichkeiten mehr geben, diese Unkräuter auszumerzen. Ein "Fuchsschwanz" verstreut 1 Million Samen pro Pflanze. Er wird bis zu 3 Meter hoch. Er lässt sich kaum mehr von einem Pflanzengift bändigen. Etwa 25 Millionen Hektaren in den USA sind bereits betroffen. Jedes Jahr werden es mehr. Ganze Landstriche mussten aufgegeben werden. Man nahm an, man habe es mit gentechnisch veränderten Pflanzen leichter. Man hatte die Risiken zuvor nicht ausreichend getestet.

K: 25 Millionen Hektaren sind also unbrauchbar geworden, das heisst, man kann dort nichts mehr anpflanzen. Man könnte fast den Eindruck bekommen, dass sich die Erde wehrt. Das fände ich gut, wenn dem grössenwahnsinnigen Menschen (Amerikaner) Einhalt geboten wird. Es sind zwar nur wenige, die dabei profitieren; aber die Mehrheit macht mit. Doch man müsste langsam etwas dagegen machen. Was kann man machen? Sich an die wenden, die wir dafür bezahlen, dass sie in unserem Auftrag entscheiden, also unsere Angestellten, die Politikerinnen und Politiker. Frau Angela Merkel setzt sich aber für gentechnisch veränderte Lebensmittel ein. Herr Sigmar Gabriel ist für die Wirtschaft zuständig.

Wer will den Genmais?

B: Wer will den Genmais? Die Bevölkerung will ihn nicht. Die Kanzlerin will den Genmais. Zwei weitere Ministerien wollen ihn auch [Ministerium Wanka habe ich verstanden, das andere nicht]. Auch die international agierenden einschlägigen Firmen wollen ihn. **Die Politik unterzieht sich den Multis.**

Kann sich Deutschland dem noch entziehen? Möglich, aber man müsste konsequent sein. Die Regierung hat auf der ganzen Linie versagt (Interview mit Elvira Dobrinski-Weiss, SPD, bei "moma").

K: Wir müssen unserer Regierung helfen. Sie ist zu schwach, um gegen "efsa, syngenta, BASF, DU PONT, PIONEER, BAYER, Monsanto, BfR, Dow Seeds und KWS" gewinnen zu können.

B: Horst Seehofer: "Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt sind, haben nichts zu entscheiden."

M: Die Lobbyisten in Brüssel machen tierisch Druck auf die EU-Kommission, dass amerikanische Firmen nicht verärgert werden. In Deutschland wird bald Genmais angepflanzt, weil es sich in der entscheidenden Abstimmung der Stimme enthalten hat. Der Landwirtschaftsminister Friedrich sagte Nein. Sigmar Gabriel sagte auf einem Parteitag laut und deutlich: "Wir in Europa wollen keine Gentechnik in Futtermitteln und Lebensmitteln haben!"

Das wollen wir nicht, und weil wir das nicht wollen, machen wir das jetzt so: Schwarz-Rot enthält sich in Brüssel bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme.

Jetzt kommt der Genmais nach Europa. Es gibt zwar einen Passus im Koalitionsvertrag [CSU/SPD?], man nehme die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst. In der Praxis heisst das: "Fuck the Bürger" (Erwin Pelzig).

Weshalb unterstützt Deutschland ein solches Scheissprodukt?

B: Am Chemieeinsatz auf den Feldern verdienen deutsche Firmen wie BAYER.

K: "Du, Angi, wir erwarten, dass Du Dich für TTIP, CETA, TISA einsetzt! Alles paletti soweit?" (Barack Obama angeblich zu Angela Merkel.)

Sigmar Gabriel: "Ich sage euch, wir haben gar keine Bundesregierung. Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nicht-Regierungsorganisation in Deutschland." (Peer Steinbrück strahlte und applaudierte kräftig.)

88% der Deutschen sind gegen den Genmais 1507 - aber Deutschland hat sich eben bei der Abstimmung in Brüssel der Stimme enthalten.

Volksbeeinflussung

B: Cass Sunstein, ein Jurist, entwickelte eine Methode der sanften Beeinflussung des Volkes, genannt "Nudging".

K: Eine Methode, um Menschen dahin zu bringen, dass sie das, was sie schlecht finden, schliesslich gut finden. Nun sagt dies Harvard-Professörchen, dass er diese Methode erfunden habe. Doch die ist schon alt. Ein gewisser Joseph Goebbels bediente sich ihrer auch.

"Frankfurter Allgemeine", "Kanzlerin sucht Verhaltensforscher. Psychologen, Anthropologen und Verhaltensökologen sollen her und Angela Merkel helfen. Die Regierung will wirksamer regieren und den Bürgern einen Schubs in die richtige Richtung geben." 26.08.2014, Philip Plickert.

Wenn man das nicht möchte, sollte man anrufen. Infotelefon der Bundesregierung 030 18 272 2720.

Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Man kann sich nicht darauf verlassen, dass das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt, und wir müssen damit rechnen, dass das in verschiedenen Weisen sich wiederholen kann."

Freihandelsabkommen?

B: Der Name "Freihandelsabkommen" ist irreführend. Es geht längst nicht mehr nur um Zölle. Auch wenn die EU eigene Regularien behalten kann, muss sie die gegen Bestimmungen im TTIP verteidigen. Es wird auch über eine neue Form des Klagerechts verhandelt. Es soll Konzernen die Möglichkeit bieten, Staaten zu verklagen, wenn unterschiedliche Standards und Gesetze Investitionen gefährden. Dies ist ein vertraglich abgesicherter Investorenschutz.

"Private Firmen können Staaten verklagen, wenn sie befürchten, dass bestimmte Gesetze ihre erwarteten Gewinne gefährden, nicht nur ihre tatsächlichen Profite." Das heisst, dieser Schaden kann auch fiktiv sein. Er wird von Schiedsgerichten festgelegt.

Ähnliches geschieht schon heute:

Der schwedische Stromkonzern Vattenfall verlangt 3.5 Milliarden Euro Entschädigung für angebliche Verluste wegen des deutschen Atomausstiegs.

Vertraglich abgesicherter Investorenschutz

Es wäre möglich, dass Firmen damit das umstrittene Fracking erzwingen oder sich ihren Verzicht teuer bezahlen lassen. Die internationalen Schiedsgerichte sitzen zum Beispiel in der Weltbank in Washington. Ihre Urteile können nicht angefochten werden. Im Moment laufen 500 solcher Verfahren. Es geht um Schadenersatzklagen in Milliardenhöhe.

K: Dieser Investorenschutz kann auch nachträglich noch angewandt werden, das heisst: Falls sich ein Produkt schliesslich als umweltschädlich herausstellt, kann die Firma auf Schadenersatz klagen.

B: Beispiel: La Oroya, Peru. Hüttenwerk. Förderung von verschiedenen Metallen. Gehört dem US-amerikanischen Konzern Renco Group. Fast alle Kinder leiden an Bleivergiftung. Die peruanische Regierung forderte Renco auf, das Werk zu sanieren. Vergeblich. Im Gegenteil. Renco beruft sich auf Investorenschutz.

K: Das muss man sich mal vorstellen. Anstatt dass die Firma etwas gegen die Verschmutzung unternimmt, fordert sie Schadenersatz.

B: "Immer, wenn Regierungen nun Umweltschutzgesetze erlassen, müssen sie mit solchen Klagen rechnen" (Todd Tucker, University of Cambridge). Damit werden die Rechte der nationalen Regierungen ausgehebelt.

"Für Europa steht so viel auf dem Spiele. Eure Standards sind besser. Euer Tierschutz ist besser. Euer Datenschutz, euer Klimaschutz sind besser" (Unbekannte Amerikanerin zu Europa).

Vergleich mit der NAFTA

Wie sieht es bei bestehenden Freihandelsabkommen aus, etwa bei NAFTA (Kanada, USA, Mexiko), 1992 gegründet. Das Handelsvolumen stieg zwar an, aber die erhofften Effekte für Arbeitsmarkt und Landwirtschaft blieben aus. Die Realität blieb weit hinter den Versprechungen zurück. Die Konzerne strichen die Gewinne ein. Für Mexiko war es ein Desaster. Tausende Maisbauern verloren wegen den hoch subventionierten Maisimporten aus den USA ihren Lebensunterhalt.

K: Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher. TTIP-CETA-TISA = Verschwörung = Absprachen, die im Geheimen getroffen werden.

B: Aber auch die USA mussten Einbussen einstecken. Arbeitsplätze gingen verloren, weil sie in Mexiko billiger sind.

K: Da kann man sich nur fragen: Wie bescheuert muss man sein, sich das freiwillig ins eigene Land zu holen?

Ein Seitenblick auf CETA

B: Die EU will noch vor TTIP mit Kanada ein Abkommen schliessen, das Comprehensive Economic and Trade Agreement. Die Verhandlungen laufen seit 2009. CETA gleicht TTIP in vielem wie ein Ei dem anderen. Beide Abkommen sollen grossen Konzernen neue Privilegien zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger verschaffen. Dies geschieht vor allem mit Regelungen zum Investorenschutz.

ISDS - Investor-State dispute Settlement: Ausländische Investoren sollen gegen Staaten klagen können, wenn deren Gesetze ihre Gewinne schmälern. Diese Klagen werden vor speziellen Schiedsgerichten verhandelt, die nicht öffentlich kontrolliert werden. Nicht unabhängige Richter, sondern Anwälte, die kräftig verdienen, entscheiden darin.

Wenn CETA in Kraft tritt, können auch US-Firmen mit kanadischen Töchtern europäische Staaten verklagen. Die werden sich dann wegen der gigantischen Bussen davor hüten, Gesetze erst einzuführen.

Privatisierungen bleiben definitiv

CETA sieht auch vor, dass die Privatisierung von öffentlichen Diensten (Wasser, Strom ...) nicht mehr rückgängig gemacht werden darf. Es drohen hohe Bussen vonseiten der betroffenen Konzerne.

Die EU wird gleiche Abkommen auch mit anderen Staaten abschliessen, etwa China, USA, Singapur, Vietnam, Indien und vielen anderen. Ziel: **Das Interesse der Konzerne steht über dem der Bürger.**

TISA

TTIP ist schon ein dicker Hund, aber TISA ist noch dicker. Trade in Services Agreement - Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Seit 2012 wird darüber verhandelt.

TTIP ist ein Abkommen zwischen den USA und der EU.

TISA ist ein Abkommen zwischen den USA, der EU und 19 weiteren Wirtschaftsnationen wie Japan, Mexiko, Kanada, Norwegen - **und auch der Schweiz**. Alle diese Staaten sind Mitglieder der WTO - Welthandelsorganisation. Aber die Verhandlungen finden ausserhalb der WTO statt, weil man keinerlei Beteiligung der Bevölkerung wünscht.

"Eine Bedingung der USA war sogar, dass von ihr gestellte Forderungen für 5 Jahre nach Inkrafttreten eines TISA-Abkommens oder nach ergebnislosem Ende der Verhandlungen geheim gehalten werden müssen" (ORF).

Ein Beispiel, was mit TISA geschehen kann:

Paris wollte 1985 etwas Geld machen und verkaufte seine Wasserversorgung an die Konzerne VEOLIA und SUEZ. Die Folge: Der Preis für das Wasser stieg um 265%. Jegliche Transparenz in der Geschäftsführung ging verloren. 2010 kaufte die Stadt die Wasserversorgung zurück. [Preis unbekannt.]

In Portugal geschah genau das Selbe: Auch dort kam es zu Wasserprivatisierungen. Die Preise stiegen um 400%. Die Qualität ging so stark zurück, dass man das Wasser oft nicht mehr als Trinkwasser verwenden kann.

TISA untersagt Verstaatlichung

Allerdings geht der Rückkauf der Dienstleistungen mit TISA nicht mehr.

Internationale Leiharbeit

„Es geht darum, dass der Austausch von Arbeitskräften erleichtert wird, damit auch Industrienationen das weltweite Lohngefälle ausnutzen können. Weshalb aufwändig anderswo neue Fabriken bauen und einheimische Arbeitnehmer einstellen, wenn man die eigenen Fabriken problemlos mit billigen Arbeitskräften von anderswo betreiben kann?“ (Piraten-Partei). "Made in Italy by Chinese workers" - die arbeiten dann 14 Stunden pro Tag.

Kleiner Überblick

K: Das war mein kleiner Überblick darüber, was wir mit TISA, CETA und TTIP zu erwarten haben, diesen harmlos klingenden, kleinen, netten und süssen Abkürzungen, bei denen viele Leute nicht wissen, was sie bedeuten sollen. Das ist auch das Ziel.

Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, sagte: **"Wir beschliessen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."**

Das ist also die politische Vorgehensweise derer, die dafür bezahlt werden, dass sie die Interessen der europäischen Völker vertreten. Ist das nicht schön? Da fühlt man sich doch super aufgehoben und bestens betreut. Juncker meint, wir müssten lauter werden. Ein bisschen sind wir es schon.

"50'000 Menschen fordern den Stopp von Tierfabriken, Gentechnik und TTIP. Bauern und Verbraucher gehen vereint für eine Agrarwende auf die Strasse." (Grossdemo in Berlin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft).

Doch damit nicht genug: "EU will Anbau von Obst und Gemüse in Gärten regulieren - in Zukunft Verwendung von Einheits-Saatgut vorschreiben" (Deutsche Wirtschafts-Nachrichten vom 23.04.2013).

Die USA wollen mit der EU verhandeln - dabei wissen wir, wie die über sie denken: "Fuck the EU" (Victoria Nuland, Assistant Secretary of State im Dienst des US-Außenministeriums und als solche zuständig für Europa und Eurasien). Doch wir selbst entscheiden auch, was wir essen wollen, etwa Nahrungsmittel mit Glutamat, Aspartam, E300, E124, E133, E111, E132... Oder Tomaten aus Holland, Pflaumen aus Ungarn, Paprika aus Spanien... Angeblich wichtig: CO2 einsparen - nach EU-Logik, etwa mit "Chlorhühnchen on Air".

[Soweit das Video. Ich frage mich, welche Vorteile für Europa herauschauen würden? Und auch, ob es jetzt – mithilfe der Amis - das Flüchtlingschaos produziert, damit die Menschen TTIP, CETA und TISA nicht beachten und abgelenkt werden.]

Quelle: STOP TTIP - YES WE CAN

https://www.facebook.com/groups/1600018183578086/1703419683237935/?notif_t=group_activity

[...] meine Kommentare

Abkürzungen:

M=Moderatorin

K=(sarkastische) Kommentatorin

B=Berichterstatter

SK=Ska Keller, EU-Handelsausschuss Bündnis 90/Die Grünen